

Grünes Licht für Bau des Rosensteintunnels

BAD CANNSTATT: Gemeinderat stimmte mehrheitlich für das Rückbaupaket der SPD



Der Gemeinderat stimmte den von der SPD geforderten Rückbaumaßnahmen zu und gab dadurch endgültig grünes Licht für den Bau des Rosensteintunnels. Foto: Stadtplanungsamt

Wie es nicht anders zu erwarten war, stimmte der Gemeinderat gestern mehrheitlich für den Antrag der SPD. Die Sozialdemokraten hatten im Zuge der Debatte um den Rosensteintunnel ihre Zustimmung an ihre 22 Begleitmaßnahmen geknüpft. Massive Kritik an dem 194 Millionen Euro teuren Projekt übten erneut die Grünen sowie SÖS/Die Linke.

Von Uli Nagel

Der Bau der vierspurigen Röhre wurde in den vergangenen Monaten so kontrovers wie niemals die ganzen Jahre zuvor in den betroffenen Stadtbezirken diskutiert. Auf der einen Seite die Befürworter aus Bad Cannstatt und Rot, die sich durch den Tunnel eine Entlastung ihrer überfüllten Straßen erhoffen; auf der anderen Seite die Gegner in Zuffenhausen und Ost. Hier hegt die Bevölkerung die Befürchtung, dass durch den Bau des Rosensteintunnels eine attraktive Stadtautobahn entsteht, die den Verkehr zwar bündelt, aber auch mehr Lastwagen und Autos anlockt. Bekanntlich ist das 194 Millionen Euro teure Projekt nach dem Pragsatteltunnel und dem Ausbau der Heilbronner Straße der Abschluss des Gesamtausbaus B 10/B 27. Ein zügigeres Durchqueren der Landeshauptstadt von Norden nach Süden würden rund 15 000 bis 20 000 Fahrzeugen mehr anlocken - täglich.

„Unsere Partei ist ein Spiegelbild dieser Diskussionen“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzende Roswitha Blindt zu Beginn der Aussprache. Bestätigt wurde ihr das während der Sonderkreisokonferenz vor einer Woche, als das Thema nochmals ausgiebig mit allen Für und Wider debattiert wurde. 47 SPD-Mitglieder sprachen sich schlussendlich gegen den Tunnelbau aus und 43 dafür.

Als Resultat dieser, ihrer Meinung nach Pattsituation, bewerte sie den Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion, in dem 22 Rückbaumaßnahmen gefordert werden (wir berichteten). Was klar für eine Realisierung spreche: „Entlang der B 10 und B 27 liegen der Hafen und wichtige Industrie- und Gewerbegebiete der Landeshauptstadt.“ Und die dort ansässigen Firmen und Konzerne seien auf eine gute Anbindung angewiesen. Als zweites wichtiges Argument für den Tunnel nannte sie das Thema Stadt am Fluss. Nur dadurch könne das Gebiet entlang der Pragstraße und vor der Wilhelma sichtbar aufgewertet werden. Rund ein Drittel des heutigen Berufsverkehrs bezeichnete die Fraktionsvorsitzende als Parallelverkehr zur B 10/B27, der sich auf Nebenstraßen seinen Weg suche. „Wenn wir diesen Schleichverkehr wieder zurück auf die Bundesstraße bekommen, haben wir schon viel erreicht.“ Dennoch, nur wenn die 22 Rückbaumaßnahmen so bald wie möglich umgesetzt werden, stimme ihre Partei dem Rosensteintunnel zu.

Keine Probleme hatten Freie Wähler, FDP und die CDU mit diesem Maßnahmenbündel, das rund drei Millionen Euro kosten soll. Allerdings gab der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Philipp Hill, schon zu Bedenken, dass die ein oder andere Maßnahme zuerst auf dem Prüfstand kommen solle, eh sie realisiert werde.

Wie schon im Technikausschuss zwei Tage zuvor, ließen die Grünen auch in der Vollversammlung kein gutes Haar sowohl an der SPD als auch an deren Forderungskatalog. „Das sind Wundpflaster, die nach nicht nachvollziehbaren Kriterien verteilt werden“, urteilte Michael Kienzle. Viele Maßnahmen habe man schon im Zuge des Pragsatteltunnels versprochen und nie realisiert. Doch Michael Kienzle hält den Rosensteintunnel nicht nur für „verkehrlich unangemessen“, er sei auch finanziell angesichts der mauen Haushaltslage „nicht zu verantworten“. Der Einstieg in ein 194 Millionen Euro teures Projekt liegt in einer Zeit, in welcher „der Euro in die Knie geht“ und sei eine finanzielle „Zumutung“ für den Bürger. Gangolf Stocker (SÖS/Die Linke) bezeichnete den Tunnel als „die Vervollständigung eines Roten Teppichs für den Verkehr quer durch die Stadt“.

Trotz aller Kritik und mahnenden Worte wurde dem SPD-Antrag mit 22 Gegenstimmen und drei Enthaltungen - alle aus den Reihen der SPD - zugestimmt. Die Vorlage für die Vorabmaßnahmen - unter anderem die

Verlegung der Leitungstrasse zwischen Wilhelmatheater und König-Karls-Brücke - in Höhe von fünf Millionen Euro fand bei 25 Gegenstimmen anschließend ebenfalls eine Mehrheit.

Artikel vom 21.05.2010 © Eßlinger Zeitung

|  | 



Aktuelle Nachrichten aus der Region jeden Morgen im Briefkasten.
14 Tage kostenlos die Eßlinger Zeitung testen.